

Arbeitgeber für gestaffelten Inländervorrang

Um Arbeitsbelastung in den RAV zu verringern, fordert Verband schrittweise Einführung der Meldepflicht für offene Stellen

Cornelia Krause, Denis von Burg

Zürich Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative überfordert die Informatik der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV), wie die SonntagsZeitung vergangene Woche berichtete. Als Konsequenz fordert der Arbeitgeberverband nun eine gestaffelte Einführung des geplanten Inländervorrangs. «Die Meldepflicht für freie Stellen könnte zunächst für bestimmte Berufsgruppen eingeführt und dann schrittweise auf weitere ausgeweitet werden», sagt Roland Müller, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes. «So würden die RAV nicht überlastet und könnten sich auf die zusätzliche Arbeitsflut einstellen.»

Gemäss den Vorstellungen des Bundesrats sollen Firmen ab nächstem Jahr offene Stellen obligatorisch an die RAV melden, wenn in den entsprechenden Berufen die Arbeitslosenquote landesweit mindestens 5 Prozent beträgt. Erst nach fünf Tagen dürfen die Stellen anderweitig ausgeschrieben werden.

Das ergäbe laut Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) jährlich zusätzliche 180 000 Stellenmeldungen, welche die RAV-Mitarbeiter bearbeiten müssten. Sie hätten laut den Vorgaben der laufenden Vernehmlassung drei Tage Zeit, um den Arbeitgebern passende Kandidaten vorzuschlagen. Experten zufolge sind diese Vorgaben selbst bei einem Mitarbeiteraufbau im RAV kaum zu schaffen, da die Software-Programme bislang keinen automatisierten Abgleich von Stellen- und Bewerberprofilen vornehmen. Das für die IT zuständige Seco sieht zwar keine Defizite bei der Informatik. Dennoch räumte Boris Zürcher, Leiter der Direktion für Arbeit, diese Woche ein, dass das Seco und die Kantone ein verbessertes System evaluieren.

Müller zufolge sind insbesondere die Rückmeldungen der RAV über geeignete Kandidaten an Arbeitgeber zentral. «Sie sind ent-



RAV-Software nimmt keinen automatisierten Abgleich zwischen Stellen- und Bewerberprofil vor

Foto: Nicola Pittaro

scheidend, damit die Arbeitgeber das System akzeptieren und alle Seiten davon profitieren.» Der Abgleich einfacher Bewerber- und Stellenprofile wie etwa für Hilfstätigkeiten in der Gastronomie und dem Bau könne noch am einfachsten bewerkstelligt werden. «Es würde Sinn machen, mit diesen Berufsgruppen anzufangen.» Müller bekräftigt zudem die Forderung des Verbandes, den Schwellenwert für die Meldung bei 8 statt 5 Prozent anzusetzen, um den Arbeitsaufwand zu verringern.

Zusammenarbeit mit privaten Firmen, um IT zu erneuern

Die Gewerkschaften beharren zwar auf der 5-Prozent-Schwelle, fordern aber auch ein pragmatisches Vorgehen. Die Umsetzung des Inländervorrangs sei anspruchsvoll und brauche wohl etwas mehr Zeit als angenommen, sagt Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. «Die Instrumente der RAV können und werden aber funktionieren.» In der Anfangsphase könnten die RAV Kulanz gegenüber den Arbeitgebern walten lassen. Bis die Instrumente sicher funktionierten, sollten die RAV den Firmen im Zweifelsfall die Suche auf dem freien Arbeitsmarkt sofort erlauben.

Um die Vermittlungssoftware der RAV schnell auf den neuesten Stand der Technik zu bringen, befürwortet der Arbeitgeberverband eine Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft. Die RAV könnten auf das Know-how privater Stellenvermittler zurückgreifen, während die eigene IT weiterentwickelt werde, sagt Müller.

Ähnlich äussert sich Beat Vonlanthen, CVP-Ständerat und bis Ende 2016 Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Freiburg. Die RAV könnten vorerst von der Privatwirtschaft entwickelte Systeme einkaufen, während die Ausschreibung für eine eigene Software laufe, sagt Vonlanthen. «Der Bundesrat und die Verwaltung müssen jetzt handeln, es braucht Notmassnahmen.»

Fortsetzung Millionen für junge...

sich zum Projekt bisher vorsichtig geäussert. Die Vorsorgeeinrichtungen wollen erst den Prospekt mit den genauen Konditionen des Zukunftsfonds sehen, bevor sie Entscheide fällen.

Risikokapitalfonds schnitten wegen Gebühren schlecht ab

Stefan Beiner, Leiter Asset Management bei der grössten Schweizer Pensionskasse Publica, sagt, man verfolge die Entwicklungen um den Zukunfts- und andere ähnliche Fonds mit Schweizer Fokus. Das allerdings mit einer gewissen Skepsis. «Viele europäische Risikokapitalfonds haben in den letzten zehn bis zwanzig Jahren nach Abzug aller Gebühren schlechter abgeschnitten als börsengehandelte Aktien», sagt Beiner. Die Entwicklung bei den Kosten solcher Fonds scheine aber in die richtige Richtung zu gehen. Die Pensionskasse des Kantons Zürich BVK «verfolgt und analysiert die Diskussionen rund um den privatwirtschaftlichen Zukunftsfonds aufmerksam», sagt ein Sprecher.

Investoren, die in solche Anlagen investieren, brauchen einen langen Atem. Das sagt Domenico Scala, Präsident des Pharmaunternehmens Basilea und einstiger Chef des Zahnimplantate-Herstellers Nobel Biocare. Er ist Stiftungsratsmitglied beim Zukunftsfonds. «Bei einem solchen Fonds muss man erst jahrelang mit unterdurchschnittlichen Renditen rechnen», sagt er. «Über einen Zeitraum von 30 Jahren sind aber durchschnittliche Renditen von 15 bis 18 Prozent realistisch.» Der Zukunftsfonds sei deshalb für die Pensionskassen mit ihrem sehr langfristigen Anlagehorizont geeignet.

Der Gründer der Stiftung hinter dem Zukunftsfonds, Henri B. Meier, hat bereits die Biotech-Beteiligungsgesellschaft HBM-Bioventures gegründet, die später in HBM Healthcare Investments umbenannt wurde. Kritik gab es wegen hoher Gebühren des Anlagevehikels. Die Investoren brauchten zudem gute Nerven. Nach der Kotierung an der Schweizer Börse SIX im Jahr 2008 machte der Kurs der Beteiligungsgesellschaft heftige Kapriolen. Im ersten Jahr brach die Aktie um über 70 Prozent ein. Später erholte sich der Kurs, und seit 2014 entwickelt sich der Titel klar besser als der Gesamtmarkt.

«Fehlendes Risikokapital für junge Firmen bedroht die Zukunft der Schweiz»

Der ehemalige Roche-Finanzchef Henri B. Meier befürchtet, dass andere Länder die Schweiz abhängen

Warum braucht es einen Zukunftsfonds?

Wir haben in der Schweiz die klügsten Köpfe, die besten Tüftler und viele Spargelder. Dennoch finden Jungunternehmen, die an der Spitze des technologischen Fortschritts stehen, in der Schweiz kaum Risikokapital, um ihre Geschäftsideen voranzutreiben. Das ist bedrohlich für die Zukunft des Landes.

Die Schweiz liegt bei den Ausgaben für Bildung im internationalen Vergleich weit vorn. Ist das nicht ein gutes Zeichen?

Wir sind auch Weltmeister bei der Anzahl Patente pro Kopf! Aber es hapert bei der Umsetzung. Es fehlt an Anschlussfinanzierungen für kapitalintensive Start-up-Firmen. Der neue Dachfonds wird

Jungunternehmen über Jahre begleiten, beraten und finanzieren. Der künftige Wohlstand unseres Landes ist davon abhängig, dass innovative Unternehmen in der Schweiz optimale Bedingungen vorfinden. Ansonsten werden die Löhne in der Schweiz über die nächsten Jahre sinken.

Machen es andere Länder besser als die Schweiz?

Die USA, aber auch Länder wie Israel und Schweden liegen weit vor uns, wenn wir den Anteil von Risikokapitalinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt betrachten. Diese Länder denken langfristig. Investitionen in zukunftssträchtige Firmen sind dringend notwendig, damit wir den Vor-

sprung gegenüber den tüchtigen asiatischen Ländern in den kommenden Jahrzehnten verteidigen können. Wichtig ist, dass die steuerlichen Benachteiligungen von zukunftssträchtigen, kapitalintensiven Jungunternehmen eliminiert werden.

Wie lange dauert es, bis die Anleger eines solchen Risikokapitalfonds eine Rendite sehen?

Typisch ist ein Anlagehorizont von zehn Jahren.

Wie viel Geld soll durch den Fonds zusammenkommen?

Das Ziel ist ein Dachfonds von 500 Millionen Franken. Das hätte aber noch keinen grossen Einfluss auf die Zukunft des Wohlstandes in der Schweiz. Deshalb sind Neuemissionen geplant, sobald der erste Fonds lanciert ist.

In wie viele Unternehmen wird der erste Zukunftsfonds investieren?

Es werden voraussichtlich rund 250 Unternehmen von den Geldern profitieren. Mindestens 50 Prozent davon sind Schweizer Firmen. Ich glaube aber, dass der Anteil deutlich höher liegen wird.

Bundesrat Johann Schneider-Ammann hat die Gründung einer Swiss Entrepreneurs Foundation mit ähnlichen Zielen angekündigt. Ist das eine Konkurrenz?

Eine willkommene Konkurrenz! Die Mittel der Foundation werden voraussichtlich von Privatunternehmen kommen, während der Zukunftsfonds vorwiegend die Spartöpfe der Pensionskassen und Lebensversicherungen anpeilt. Das Ziel ist dasselbe: Jungunternehmen zu finanzieren. Es ist erfreulich, wenn in der Schweiz ein Investitionsumfeld entsteht, in dem Start-up-Unternehmen an Risikokapital gelangen.

Erich Bürgler



Henri B. Meier: «Wohlstand ist davon abhängig» Foto: St. Rappo